Pressemitteilung

Ansbach, 19.02.2013

AbuV-Streit: **Privatisierungs-Parteien CSU und SPD verhindern Transparenz und demokratische Kontrolle**

Mit ihrer jüngsten Erklärung setzen die Privatisierungs-Parteien CSU und SPD ihre Fehler aus dem Teilverkauf der Stadtwerke und dem Outsourcing von Bäder- und Verkehrsbetriebe in private Rechtsformen fort. Das vehemente Verteidigen eigener Hinterzimmer-Strukturen durch die Damen und Herren Geheimräte torpediert das Verlangen der BürgerInnen nach transparenten Entscheidungswegen mit Blick auf die öffentliche Daseinsfürsorge.

Diese Strukturen waren allein in den vergangenen drei Jahren im Bereich der Ansbacher Bäder- und Verkehrs-GmbH (ABuV) für je zwei massive Preiserhöhungen bei ÖPNV sowie Aquella verantwortlich. Ohne, dass sich die Aufsichtsräte für ihr Stimmverhalten gegenüber den WählerInnen erklären mussten. Wir meinen: Grundlegende Beschlüsse, die städtische Gesellschaften betreffen, müssen dem Stadtrat vorbehalten sein – und zwar in öffentlicher Sitzung.

Der Stadtrat als einziges direkt gewähltes und demokratisch legitimiertes Gremium muss daher künftig die im Zuge der Privatisierung verlorenen Kontrollrechte zurückgewinnen. Weisungsrechte des Stadtrats gegenüber dem Aufsichtsrat einer 100-prozentigen Stadttochter müssen in der Satzung verankert werden. Diesen Weg gehen immer mehr Kommunen, nachdem die Nachteile der Intransparenz immer offenkundiger wurden. Die Umsetzung der Transparenzrichtlinien bei ABuV und Stadtwerken ist überfällig.

Geheim tagende Aufsichtsräte treffen in zu vielen Fällen eben nicht die besten Entscheidungen zum Wohle des Unternehmens, dessen öffentlichen Trägern und vor allem gegenüber der Steuer- und Gebührenzahler. Das zeigen etwa die nicht-öffentlichen Gremien der Bayerischen Landesbank oder aktuell des Berliner Flughafens. Auch auf lokaler Ebene wurden so Fehlentscheidungen wie beim PPP am Ansbacher Klinikum erst möglich.

Rekommunalisierung als Lösungsweg

Der derzeitige AbuV-Streit zeigt, dass mittelfristig nur eine Rekommunalisierung die vorhandenen Zielkonflikte lösen kann. Denn Stadträte sollten keine Diener zweier Herren, sondern einzig dem Wohl der Stadt und ihrer BürgerInnen verpflichtet sein. Daher fordert die Offene Linke die Wiedereingliederung der ausgelagerten Unternehmensteile der ABuV als Eigenbetrieb der Stadt Ansbach, analog zum Vorgehen in Hinsicht auf die Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft 2011.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat